

LESOTHO - Amnesty International Bericht 2021/22

Königreich Lesotho

Staatsoberhaupt: Letsie III

Regierungschef/in: Moeketsi Majoro

Für die Ermordung von Lipolelo Thabane und den versuchten Mord an Thato Sebolla im Jahr 2017 wurde niemand vor Gericht gestellt. Das Berufungsgericht sprach einem Mann, der 2015 von der Polizei gefoltert worden war, Schadensersatz zu. Die Covid-19-Pandemie führte zu einem Anstieg der geschlechtsspezifischen Gewalt. Sie hatte verheerende Auswirkungen auf das Gesundheitssystem und führte zu einer größeren wirtschaftlichen Notlage für viele.

STRAFFREIHEIT

Der ehemalige Premierminister Thomas Thabane wurde 2017 wegen der Ermordung von Lipolelo Thabane, seiner von ihm getrennt lebenden Frau, und des versuchten Mordes an ihrem Bekannten Thato Sebolla angeklagt. Er wurde am 30. November vom Obersten Gericht über die Anklage informiert. Er und seine jetzige Frau, die ehemalige First Lady Maesaiah Thabane, sind die Hauptverdächtigen in diesem Fall. Im Februar 2020 wurde Maesaiah Thabane wegen Mordes, versuchten Mordes und Verschwörung zum Mord angeklagt. Das Oberste Gericht in der Hauptstadt Maseru gewährte ihr eine Kaution, doch im Juli 2020 wurde sie erneut verhaftet, als ihre Kaution widerrufen wurde, und gegen eine Kaution von 10.000 LSL (rund 700 US-Dollar) wieder freigelassen. Im Februar 2020 beantragte Thomas Thabane als amtierender Premierminister Immunität von der Strafverfolgung, aber das Verfahren wurde eingestellt, als er im darauf folgenden Mai zurücktrat. Im August 2021 teilte Nqosa Mahao, der im April seines Amtes als Justizminister enthoben worden war, mit, dass nach polizeilichen Ermittlungen während seiner Amtszeit genügend Beweise gesammelt worden seien, um Thomas Thabane wegen des Mordes an seiner verstorbenen Frau festzunehmen und anzuklagen. Der Direktor der Staatsanwaltschaft beschloss jedoch, die Anklage nicht weiter zu verfolgen. Im September erklärten Polizeiquellen gegenüber der Zeitung Lesotho Times, dass politische Einmischung und andere Formen der Behinderung der Justiz weiterhin Fortschritte behinderten.

VERSAMMLUNGSFREIHEIT

Die Regierung rechtfertigte ihr Verbot von Protesten mit Covid-19 und verweigerte den Menschen ihr Recht, sich friedlich zu versammeln.

FOLTER UND ANDERE MISSHANDLUNGEN

Im Mai sprach das Berufungsgericht Tšolo Tjela eine Entschädigung in Höhe von 250.000 LSL (etwa 17.500 US-Dollar) für die Folter zu, der er 2015 in Polizeigewahrsam in der Stadt Mafeteng ausgesetzt war. Dem Urteil zufolge deckte die Entschädigung "Schock und Leiden, Kontumelien und medizinische Kosten" ab. Das Gericht erklärte, die Folterung von Verdächtigen durch Polizeibeamte sei dafür verantwortlich, dass "das Land ... gesetzlos" geworden sei, und beschuldigte den Polizeipräsidenten, solche Verbrechen nicht verhindert zu haben. Im November 2020 hatte der Oberste Richter des Obersten Gerichtshofs Tšolo Tjela eine Entschädigung von 400.090 LSL (rund 28.000 US-Dollar) zugesprochen, die vom Berufungsgericht herabgesetzt wurde.

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT

Die geschlechtsspezifische Gewalt, einschließlich der häuslichen Gewalt, nahm im Zusammenhang mit Covid-19 weiter zu, insbesondere in ländlichen Gebieten, in denen mehr Frauen und Mädchen ihre Arbeit verloren und sich auf ihre männlichen Partner verlassen mussten, um zu überleben. Der Zugang zu Rechtsmitteln war für Frauen in diesen Gebieten

begrenzt, was teilweise auf einen Mangel an Informationen zurückzuführen war. Im März berichtete UNAIDS, dass eine von drei Frauen von einem Partner missbraucht wurde, und weniger als 40 % der Frauen, die Gewalt erfahren haben, darüber berichteten oder Hilfe suchten.

WIRTSCHAFTLICHE, SOZIALE UND KULTURELLE RECHTE

Laut einer von der Weltbank durchgeführten Wirtschaftsstudie führten die Abriegelungsmaßnahmen von Covid-19 zu Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten, von denen die Menschen in städtischen und ländlichen Gebieten betroffen waren. Die weltweite Konjunkturabschwächung führte zu einem Rückgang der Überweisungen, die von im Ausland arbeitenden Basothoern nach Hause geschickt wurden, insbesondere nach Südafrika, wo viele als Hausangestellte oder im Bergbau beschäftigt waren. Dies führte zu einer zunehmenden wirtschaftlichen Notlage.

RECHT AUF GESUNDHEIT

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie setzten das ohnehin unzureichende Gesundheitssystem weiter unter Druck. Anfang des Jahres wurde Lesotho von einer zweiten Infektionswelle heimgesucht. Mitte des Jahres waren die Impfstoffe immer noch knapp, und die Impfkampagne kam nur schwer in Gang. Am Ende des Jahres waren nur 30,2 % der Bevölkerung vollständig geimpft, während etwa 30,5 % nur eine Dosis erhalten hatten. Seit Beginn der Pandemie wurden 31 106 Covid-19-Fälle und 683 damit verbundene Todesfälle registriert. Sinopharm in China, ausländische Unternehmen und multinationale Konzerne spendeten weiterhin Covid-19-Impfstoffe und PSA für Lesotho.